

ZH_OBERGERICHT PS140196 vom 4. September 2014

ZH Obergericht, 2014-09-04, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/zh_obergericht_PS140196

FR: ZH_OBERGERICHT PS140196 du 4 septembre 2014

IT: ZH_OBERGERICHT PS140196 del 4 settembre 2014

Erwägungen

E. 1

Die SUVA Wetzikon (im Folgenden: Gläubigerin) betreibt die A._____ AG (im Folgenden: Schuldnerin) für eine Forderung im Betrag von Fr. 1'796.50 zzgl. Betreuungskosten (act. 3/3). Nach der Zustellung des Zahlungsbefehls erhob die Schuldnerin mit schriftlicher Mitteilung an das Betreibungsamt Rechtsvor-schlag. Das Betreibungsamt betrachtete diesen als verspätet, was es in einer Ver-fügung vom 13. Januar 2014 festhielt (act. 3/14). Gegen die Verfügung des Betreibungsamtes richtete die Schuldnerin eine Beschwerde an das Bezirksgericht Bülach als untere Aufsichtsbehörde in Schuld- betreibungs- und Konkurs-sachen, mit dem sinn-gemässen Antrag, es sei die Rechtzeitigkeit des Rechtsvorschlages festzustellen (act. 1). Das Bezirksgericht trat mit Beschluss vom 18. Juli 2014 auf die Beschwerde nicht ein. Es erwog, die angefochtene Verfügung sei der Schuldnerin zwar erst am 17. Februar 2014 durch die Post ausgehändigt worden (danach wäre die beim Gericht am 27. Februar 2014 eingegangene Beschwerde rechtzeitig). Die Sen- dung mit der angefochtenen Verfügung sei der Schuldnerin aber von der Post avisiert und die siebentägige Abholfrist auf den 21. Januar 2014 terminiert wor- den. Da die Adressatin mit der Sendung habe rechnen müssen, werde die Zustel- lung auf diesen Tag fingiert, und die Beschwerdefrist sei daher versäumt (act. 17).

E. 2

Die Schuldnerin führt Beschwerde gegen den Entscheid des Bezirks- gerichts. Sie beantragt, der angefochtene Beschluss sei aufzuheben, weil die Zu- stellfiktion aus rechtlichen Gründen nicht greife, und die Sache sei an das Be- zirksgericht zurückzuweisen, damit dieses die bei ihm eingereichte Beschwerde handle (act. 18). Der Gläubigerin wurde mit Verfügung vom 13. August 2014 die 10tägige Frist zur Erstattung der Beschwerdeantwort angesetzt (act. 23). Die Verfügung wurde der Gläubigerin am 18. August 2014 zugestellt (act. 24). Innert Frist und bis

- 3 - heute ging keine Beschwerdeantwort ein. Daher ist das Verfahren ohne Be- schwerdeantwort weiterzuführen (act. 23). Die Akten des erstinstanzlichen Beschwerdeverfahrens wurden beigezogen (act. 1-15). Das Verfahren ist spruchreif.

E. 3

Der Sachverhalt ist nicht umstritten und wird durch die Akten belegt: die Abholungseinladung der Post datiert vom 14. Januar 2014. Am 21. Januar 2014 verlängerte die Post die Abholfrist auf Wunsch des Adressaten bis zum 14. bzw. 15. März 2014. Die tatsächliche Zustellung erfolgte am 17. Februar 2014 (act. 7/8 und act. 13/13). Falls der Ablauf der siebentägigen Abholfrist massge- bend ist, war die Frist für die Beschwerde abgelaufen, als diese beim Bezirksge- richt erhoben wurde. Das ist aber nicht der Fall: Zum Beurteilen der Folgen der Vorgänge um die verzögerte Zustellung der Sendung mit dem

angefochtenen Entscheid stützt sich das Bezirksgericht auf Art. 138 ZPO. Die Zivilprozessordnung ist anwendbar auf die gerichtlichen Verfahren des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts (Art. 1 lit. c ZPO), und dazu gehören weder das Erheben des Rechtsvorschlages noch der Entscheid des Betreibungsamtes über die Wahrung der diesbezüglichen Frist. Das Schuldbetreibungs- und Konkursrecht enthält vielmehr eigene Bestimmungen zur Zustellung (Art. 64 ff. und Art. 34 SchKG). Nun wäre eine Harmonisierung von ZPO und SchKG durchaus wünschbar. Es leuchtet (abgesehen von historischen Gründen) nicht recht ein, weshalb die Vollstreckung eines Urteils grundsätzlich nach dem Zivilprozessrecht (Art. 335 ff. ZPO) erfolgt, aber im Fall, dass es um eine Zahlung von Geld in schweizerischer Währung geht, das SchKG gilt. Gewisse Anpassungen wurden denn auch vorgenommen, oder doch wenigstens versucht. Sie blieben allerdings weitgehend auf blosser Formulierungen beschränkt (Bundesgesetz vom 19. Dezember 2008 zur Einführung einer schweizerischen Zivilprozessordnung, Anhang 17). Schon beim Anpassen der Betreibungs- an die Gerichtsferien verhinderte die Intervention interessierter Kreise beim Bundesrat das Inkraftsetzen der neuen Fassung von Art. 56 SchKG (was staatsrechtlich beunruhigend ist, im Interesse der Rechtssicherheit gleichwohl wird hingenommen werden müssen: BSK SchKG II-Bauer, 2. Aufl. 2010 Art. 56 N. 7a). Vieles blieb ohne jede Not un-

- 4 - harmonisiert, so nur beispielhaft die Bestimmungen zum Ausstand (Art. 47 ZPO vs. Art. 10 SchKG) oder zum Rechtsmittelzug (Art. 307 ff. ZPO vs. Art. 17 und Art. 20a Abs. 3 SchKG). Es wäre einfach gewesen, die wesentlichen Inhalte von Art. 138 ZPO wörtlich ins SchKG zu übernehmen oder darauf zu verweisen. Dass es das Parlament nicht getan hat, muss gerade angesichts der eigenen Bestimmungen des SchKG zur Zustellung von Betreuungsurkunden und anderen Sendungen als qualifiziertes Schweigen verstanden werden, welches von den Gerichten nicht missachtet werden darf. Im SchKG findet sich eine dem Art. 138 Abs. 3 lit. a ZPO entsprechende Bestimmung nicht. Das Bezirksgericht hat im heute zu beurteilenden Fall daher zu Unrecht gegenüber der Schuldnerin eine Zustellfiktion angenommen. Nur beiläufig sei erwähnt, dass die Fiktion der Zustellung auch bei Anwendung der ZPO nicht angezeigt gewesen wäre. Dem Bezirksgericht ist zwar darin durchaus Recht zu geben, dass der Schuldner, dem ein Zahlungsbefehl zugestellt wurde und der den Rechtsvorschlag bewusst an der Grenze zur Verspätung per Post einreicht, im Sinne von Art. 138 ZPO mit einer Reaktion des Betreibungsamtes rechnen muss. Hingegen verlangt die Rechtsprechung, dass der Adressat erkennen muss, was für eine Sendung für ihn auf der Post bereit liegt (BGer 5A_895/2011 vom 6. März 2012, E. 3.2 am Ende). Hier war das nicht der Fall: der Abholungseinladung war nur zu entnehmen, dass ein in Klotten aufgegebener eingeschriebener Brief abzuholen sei, und das genügt nicht, um dem Adressaten das Nichtabholen einer gerichtlichen Sendung oder einer solchen des Betreibungsamtes zum Vorwurf zu machen. Die Beschwerde erweist sich demnach als begründet. Der angefochtene Entscheid ist aufzuheben. Da die Sache nicht spruchreif ist, muss sie zurückgewiesen werden, zur neuen Beurteilung unter der Prämisse, dass die (erste) Beschwerde innert der gesetzlichen zehn Tage erhoben wurde.

E. 4

Das Beschwerdeverfahren ist auch in der zweiten Instanz kostenlos, und es werden keine Parteientschädigungen zugesprochen.

- 5 - Es wird erkannt:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.